

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 25 | 21.06.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 157/2024](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung** geändert wird

[BGBl II 158/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Gewährung von Investitionszuschüssen für die Errichtung oder Umrüstung von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Gas (**EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Gas**)

[BGBl II 159/2024](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der eine **Abwasseremissionsverordnung Getränke** erlassen wird und die **Emissionsregisterverordnung 2017** und die **Methodenverordnung Wasser** geändert werden

[BGBl II 160/2024 \(Obergrenzenrichtlinien\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen gem § 3b Abs 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend Richtlinien zur Umwidmung von Obergrenzen überschreitenden **Beihilfen** der COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (**COFAG**) in einen Verlustersatz, einen Schadensausgleich oder eine De-minimis-Beihilfe (**Obergrenzenrichtlinien**)

[BGBl II 161/2024 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend die **Bevorratung** von **Humanarzneispezialitäten**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 2024/1509 v 18.06.2024](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2024/1509 des **Berichtigungshaushaltsplans** Nr 2 der Europäischen Union für das **Haus-haltsjahr 2024**

[ABI L 2024/1620 v 19.06.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/1620 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Errichtung der Behörde zur Bekämpfung von **Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung** und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr 1093/2010, (EU) Nr 1094/2010 und (EU) Nr 1095/2010

[ABI L 2024/1623 v 19.06.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/1623 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 575/2013 im Hinblick auf Vorschriften für das **Kreditrisiko**, das Risiko einer Anpassung der Kreditbewertung, das **operationelle Risiko**, das **Marktrisiko** und die **Eigenmitteluntergrenze** (Output-Floor)

[ABI L 2024/1624 v 19.06.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/1624 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für Zwecke der **Geldwäsche** oder der **Terrorismusfinanzierung**

[ABI L 2024/1619 v 19.06.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/1619 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf Aufsichtsbefugnisse, Sanktionen, Zweigstellen aus Drittländern sowie **Umwelt-, Sozial- und Un-ternehmensführungsrisiken**

[ABI L 2024/1640 v 19.06.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/1640 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 über die von den Mitgliedstaaten einzurichtenden Mechanismen zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems für **Zwecke der Geldwäsche** oder **der Ter-rorismusfinanzierung**, zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1937 und zur Änderung und Aufhebung der Richtlinie (EU) 2015/849

[ABI L 2024/1654 v 19.06.2024](#)

Richtlinie (EU) 2024/1654 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2024 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2019/1153 in Bezug auf den Zugang zuständiger Behörden zu zentralen **Bankkontenregistern** über das Vernetzungssystem und auf technische Maßnahmen zur Erleichterung der Verwendung von Transaktionsaufzeichnungen

[ABI L 2024/1717 v 20.06.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/1717 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/399 über einen **Unionskodex** für das **Überschreiten der Grenzen** durch Personen

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

11.06.2024, [V 22/2023](#)

Oö RaumordnungsG; Verstoß gegen den **Gleichheitsgrundsatz** liegt unter anderem dann vor, wenn die verordnungserlassende Behörde bezüglich der Bebaubarkeit von in grds gleicher Lage befindlichen Grundstücken einen **Liegenschaftseigentümer** ohne konkrete, bei der Planung offengelegte zwingende Gründe gegenüber anderen **bevorzugt**; die VO des Gemeinderats der Marktgemeinde Seewalchen am Attersee sieht für das konkrete Grundstück eine Baufluchtlinie im Abstand von 1 Meter zur südwestlichen Bauplatzgrenze an der öffentlich genutzten Promenade vor; für die sonstigen angrenzenden Grundstücke einen Abstand von 6 Meter; dadurch wird der Gleichheitsgrundsatz verletzt; der Bebauungsplan widerspricht dem Flächenwidmungsplan, weil er entgegen § 32 Abs 1 Z 2 Oö RaumordnungsG nicht die im **Flächenwidmungsplan** festgelegten Widmungen ausweist

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

18.04.2024, [Ra 2024/02/0049](#)

AVG; selbst wenn die Behörde eine Einschränkung der zu verwendenden **E-Mail-Adressen** durch Kundmachung im Internet vornimmt, ist es ihr nicht verwehrt, die **Einbringungsmöglichkeiten** eines Rechtsmittels gegenüber einem einzelnen Betroffenen für ein bestimmtes Verfahren zu erweitern; davon ist jedenfalls dann auszugehen, wenn die Behörde den Beschuldigten jeweils eine (weitere) E-Mail-Adresse auf ihren behördlichen Schriftstücken im Vordruck bekanntgibt; die Beschwerde durften daher auch an diesen weiteren E-Mail-Adressen eingebracht werden

15.05.2024, [Ra 2023/03/0184](#)

PatentG; **PatentamtsgebührenG**; § 7 PatentamtsgebührenG über die Stundung von Gebühren durch den **Präsidenten des Patentamts** wurde aus Anlass der Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht geändert; durch die Patent- und Markenrechts-Novelle 2014 wurden im Hinblick auf die Neuordnung des Rechtsschutzes lediglich in § 28 leg cit die Gebühren für Beschwerden bzw Berufungen an die aufgelösten Organe (Rechtsmittelabteilung und Oberster Patent- und Markensenat) aufgehoben; vor diesem Hintergrund gibt es keinen Hinweis dafür, dass gegen **Bescheide** des Präsidenten gem § 7 leg cit der Rechtszug abweichend von der verfassungsrechtlichen Grundregel des Art 130 Abs 1 Z 1 B-VG ebenfalls an die **ordentlichen Gerichte** gehen sollte; dafür bedürfte es gem Art 94 Abs 2 leg cit einer einfachgesetzlichen Grundlage; das PatentamtsgebührenG enthält keine solche Anordnung

16.05.2024, [Ra 2023/19/0001](#)

AsylG; das BFA trifft eine **Ermittlungspflicht**, um zu beurteilen, ob der Antrag eines **Unionsbürgers** auf internationalen Schutz auf seine Begründetheit hin zu prüfen ist und damit im Sinne des Einzigen Artikels des **Asylprotokolls** „berücksichtigt“ werden muss; die Zurückweisung eines Antrags auf internationalen Schutz allein aufgrund des Umstands, dass der Antragsteller Staatsangehöriger eines EU-Mitgliedstaats ist, ist jedoch gesetzlich nicht vorgesehen und daher nicht zulässig; im Hinblick auf dieses Ergebnis kann es dahingestellt bleiben, ob das Asylprotokoll selbst unmittelbare Grundlage einer derartigen Zurückweisung eines in Österreich gestellten Antrags eines Unionsbürgers sein kann, weil das Asylprotokoll die verfahrensrechtlichen Modalitäten seiner Anwendung nicht regelt

23.05.2024, [Ra 2023/21/0106](#)

FremdenpolizeiG; das BVwG begründete die (finanzielle) **Zumutbarkeit** der Erlangung eines **Reisepasses** bei einer irakischen Vertretungsbehörde im Ausland damit, dass der „noch immer Mindestsicherung“ beziehende Rw seit zumindest sieben Monaten einer ihm zumutbaren legalen Beschäftigung hätte nachgehen können; dabei übersieht das BVwG allerdings, dass sich die Beurteilung der (finanziellen) Möglichkeit und Zumutbarkeit der Erlangung eines Reisedokuments des Herkunftsstaats iSd § 88 Abs 2a FremdenpolizeiG an den aktuellen tatsächlichen Gegebenheiten und Möglichkeiten zu orientieren hat; fallbezogen war somit aus dem hypothetischen und vergangenheitsbezogenen Verweis auf vorhandene freie Stellen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt und dem daraus konstruierten Vorwurf an den Rw, bisher noch keine Beschäftigung (mit ausreichendem Einkommen) angenommen zu haben, nichts zu gewinnen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 18.04.2024, [W170 2285084-1](#)

Beamten-DienstrechtsG; disziplinarrechtlich strafbar ist ein Verhalten, das gegen die **dienstrechtlich normierten Pflichten** eines Beamten verstößt; bei der Frage, ob das Verhalten des Bf gegen das Gebot des achtungsvollen Umgangs verstieß, ist auf eine **objektive Betrachtung** abzustellen; auf das Niveau der in der Dienststelle üblichen Scherze ist nur bei der Strafbesetzung Bedacht zu nehmen; der Bezirksinspektor ist schuldig, dadurch, dass er den **verfälschten Zeitungsartikel**, im Wissen, dass dieser verfälscht war, an den Revierinspektor übermittelt und diesen bewusst mehrere Stunden in dem Glauben gelassen hat, dienst- und strafrechtlichen Konsequenzen ausgesetzt zu werden; er ist seinem Kollegen vorsätzlich und absichtlich nicht mit Achtung begegnet; dadurch hat er vorsätzlich und absichtlich eine **Dienstpflichtverletzung** nach § 43a Beamten-DienstG begangen

LVwG Bgld 05.06.2024, [E 006/15/2023.004/009](#)

WasserrechtsG; als Bauland gewidmete aber zu primär landwirtschaftlichen Zwecken dienende Grundstücke sowie auch eine primär zu landwirtschaftlichen Zwecken dienende Straße bzw öffentliche Verkehrsfläche fallen in den Anwendungsbereich des § 39 WasserrechtsG, überdies, wenn durch auf ihr gesetzte, nach den straßenpolizeilichen Vorschriften **unzulässige Einwirkungen** folgen; da sämtliche Tatbestandsvoraussetzungen gem § 39 leg cit erfüllt sind, ist der mit Bescheid der Behörde erlassene **wasserpolizeiliche Auftrag** nach § 138 iVm § 39 leg cit zulässig

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[18.06.2024, Rs C-753/22, Bundesrepublik Deutschland \(Effet d'une décision d'octroi du statut de réfugié\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 33 Abs 2 Buchst a – Unmöglichkeit für die Behörden eines Mitgliedstaats, einen **Asylantrag** als unzulässig abzulehnen, weil die **Flüchtlingseigenschaft** zuvor in einem anderen Mitgliedstaat zuerkannt wurde – Art 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Gefahr, in diesem anderen Mitgliedstaat einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung ausgesetzt zu werden – Prüfung des Asylantrags durch diese Behörden trotz Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in dem anderen Mitgliedstaat – Richtlinie 2011/95/EU – Art 4 – **Individuelle Prüfung**

[18.06.2024, Rs C-551/22 P, Kommission/ SRB](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – **Bankenunion** – Verordnung (EU) Nr 806/2014 – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus – Bei **Ausfall** oder **wahrscheinlichem Ausfall** eines Unternehmens anwendbares Abwicklungsverfahren – Art 18 Abs 7 – Festlegung eines **Abwicklungskonzepts** durch den Einheitlichen Abwicklungsausschuss – Billigung dieses Konzepts durch die Europäische Kommission – Art 86 Abs 2 – Handlung, die Gegenstand einer Klage sein kann – Nichtigkeitsklage – Zulässigkeit

[18.06.2024, Rs C-352/22, Generalstaatsanwaltschaft Hamm \(Demande d'extradition d'un réfugié vers la Turquie\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2011/95/EU – Art 21 Abs 1 – Richtlinie 2013/32/EU – Art 9 Abs 2 und 3 – Bestandskräftige Zuerkennung der **Flüchtlingseigenschaft** durch einen Mitgliedstaat – Flüchtling, der sich nach dieser Zuerkennung in einem anderen Mitgliedstaat aufhält – An den Aufenthaltsmitgliedstaat gerichtetes **Auslieferungsersuchen** des Herkunftsmitgliedstaats des Flüchtlings – Wirkung der Entscheidung über die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft im Rahmen des Auslieferungsverfahrens – Art 18 und Art 19 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Schutz des Flüchtlings** gegen die beantragte Auslieferung

[20.06.2024, Rs C-420/23, Faurécia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Steuerwesen** – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – **Stempelsteuer** – Kurzfristige Geldgeschäfte – Gebietsansässige und gebietsfremde Kreditnehmer – Unterschiedliche Behandlung – Beschränkung

[20.06.2024, Rs C-367/23, Artemis security](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der Sicherheit und der Gesundheit der Arbeitnehmer – **Arbeitszeitgestaltung** – Richtlinie 2003/88/EG – Art 9 Abs 1 Buchst a – Verpflichtung zur Untersuchung des **Gesundheitszustands** von Nachtarbeitern – Verstoß des Arbeitgebers gegen diese Verpflichtung – Schadensersatzanspruch – Notwendigkeit, einen spezifischen Schaden nachzuweisen

[20.06.2024, Rs C-296/23, dm-drogerie markt](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Biozidprodukte – Verordnung (EU) Nr 528/2012 – Art 72 – **Desinfektionsmittel**, das Biozidprodukte enthält – Beschränkungen für die Werbung – Begriff ‚ähnliche Hinweise‘ – Ziel der Gewährleistung eines **hohen Schutzniveaus** für die Gesundheit von Mensch und Tier und für die Umwelt

[20.06.2024, Rs C-135/23, GEMA](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Urheberrecht** und verwandte Schutzrechte – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 Abs 1 – Öffentliche Wiedergabe – Begriff – Bloße Bereitstellung der Einrichtungen – Zurverfügungstellung von mit einer **Zimmerantenne** zum Empfang von Signalen und zur Übertragung von Sendungen ausgestatteten Fernsehgeräten in Apartments – Erwerbzweck – **Grundsatz der Technologieneutralität**

[20.06.2024, Rs C-35/23, Greislzel](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Elterliche Verantwortung** – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Art 10 und 11 – Zuständigkeit im Fall des **widerrechtlichen Verbringens** eines Kindes – Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes in einem Mitgliedstaat vor dem widerrechtlichen Verbringen – Rückgabeverfahren zwischen einem Drittstaat und einem Mitgliedstaat – Begriff ‚Antrag auf Rückgabe‘ – Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung

[20.06.2024, Rs C-590/22, PS \(Adresse erronée\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 82 Abs 1 – Anspruch auf Ersatz des Schadens, der durch eine unter Verstoß gegen diese Verordnung erfolgte Datenverarbeitung verursacht worden ist – Begriff des immateriellen Schadens – Auswirkung der Schwere des erlittenen Schadens – **Bemessung des Schadenersatzbetrags** – Klage auf Ersatz eines immateriellen Schadens aufgrund einer **Befürchtung** – Unanwendbarkeit der in Art 83 für Geldbußen vorgesehenen Kriterien – **Abschreckungsfunktion** – Bemessung bei gleichzeitigen Verstößen gegen diese Verordnung und gegen nationales Recht

[20.06.2024, Rs C-540/22, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Détachement de travailleurs de pays tiers\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – Art 56 und 57 AEUV – Entsendung von Drittstaatsangehörigen durch ein Unternehmen eines Mitgliedstaats zur Durchführung von Arbeiten in einem anderen Mitgliedstaat – Dauer von über 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen – Pflicht entsandter drittstaatsangehöriger Arbeitnehmer, bei einem Leistungszeitraum von über drei Monaten Inhaber einer **Aufenthaltsurlaubnis im Aufnahmemitgliedstaat** zu sein – Begrenzung der Gültigkeitsdauer der ausgestellten Aufenthaltsurlaubnisse – **Höhe der Gebühren** für die Beantragung einer Aufenthaltsurlaubnis – Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Verhältnismäßigkeit

[20.06.2024, verb Rs C-182/22 und C-189/22, Scalable Capital](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 82 – Anspruch auf Ersatz des Schadens, der durch eine unter Verstoß gegen diese Verordnung erfolgte Datenverarbeitung verursacht worden ist – Begriff ‚immaterieller Schaden‘ – Entschädigung mit **Strafcharakter** oder rein als **Ausgleich und Genugtuung** – Geringfügige oder symbolische Entschädigung – **Diebstahl personenbezogener Daten**, die auf einer Trading-App hinterlegt sind – Identitätsdiebstahl oder -betrug

20.06.2024, Rs C-85/22, Kommission/ Bulgarien (Protection des zones spéciales de conservation)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – **Erhaltung** der **natürlichen Lebensräume** sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – Art 4 Abs 4 und Art 6 Abs 1 – Fehlende Ausweisung besonderer Schutzgebiete sowie fehlende Festlegung von Erhaltungszielen und Erhaltungsmaßnahmen

20.06.2024, Rs C-801/21 P, EUIPO/ Indo European Foods

Rechtsmittel – Unionsmarke – Anmeldung der Unionsbildmarke Abresham Super Basmati Sela Grade One World's Best Rice – Ältere nicht eingetragene britische Wortmarke BASMATI – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 8 Abs 4 – Verordnung (EU) 2017/1001 – Art 72 – **Relatives Eintragungshindernis** – Widerspruch – Bei der Beschwerdekammer eingelegte Beschwerde – Zurückweisung – Klage beim Gericht – Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft – Art 126 und 127 – Übergangszeitraum – Auswirkungen des **Endes des Übergangszeitraums** auf den Schutz der älteren Marke – Umstände nach Erlass der streitigen Entscheidung – Fortbestand des Klagegegenstands und des Rechtsschutzinteresses

B. SCHLUSSANTRÄGE

18.06.2024, Rs C-240/23, Herbaria Kräuterparadies II (GA de la Tour)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Landwirtschaft und Fischerei – Ökologische/biologische Produktion und Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen – Verordnung (EU) 2018/848 – Vorschriften für die **ökologische/biologische Produktion** – Art 16 – Art 33 – **Etikettierung** – Logo der Europäischen Union für ökologische/biologische Produktion – Voraussetzungen für die Verwendung – Art 45 und 48 – Einfuhr gleichwertiger ökologischer/biologischer Erzeugnisse aus einem anerkannten **Drittland** in den Unionsmarkt – Hinweis auf die ökologische/biologische Produktion – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 20 – Gleichbehandlung

C. GERICHT

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

13.06.2024, Beschwerde Nr [56138/18](#) u.a., RFE/RL u.a./Aserbaidshjan

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); Freiheit des Empfangs und der Weitergabe von Informationen; **pauschale Sperrung** von vier Online-Medien mit der Begründung, einige von ihnen veröffentlichte Artikel enthielten angeblich rechtswidrige Inhalte, die nicht „gesetzlich vorgeschrieben“ waren; unzureichende Garantien gegen **Willkür**; unvorhersehbare Auslegung und/oder Anwendung des innerstaatlichen Rechts

18.06.2024, Beschwerde Nr [58029/12](#) u.a., Suprun u.a./Russland

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); Weigerung, den Bf **Zugang zu archivierten Informationen** über die sowjetische politische Repression zu gewähren, Kopien anzufertigen oder Fotos davon zu machen; Verurteilung eines Bf wegen des Sammelns von Informationen; das Sammeln von Informationen war ein relevanter vorbereitender Schritt für Forschung und Veröffentlichungen und trug zur öffentlichen Debatte über die sowjetische politische Repression bei; Art 10 EMRK anwendbar; Eingriff in das Recht der Bf, Informationen zu erhalten; Anfertigung von Fotos oder Kopien von Archivadokumenten erleichterte eine präzisere und getreulichere Verbreitung historischer Aufzeichnungen; kein Nachweis der Behörden, wie die Offenlegung der fraglichen Informationen die Privatsphäre von vermutlich verstorbenen Personen beeinträchtigte; Beschränkungen des Zugangs zu Informationen verfolgten kein „dringendes soziales Bedürfnis“; die Beschränkung des Erwerbs von Kopien von Archivadokumenten verfolgte kein legitimes Ziel und war nicht „in einer demokratischen Gesellschaft notwendig“

18.06.2024, Beschwerde Nr [58737/14](#), A.P./Armenien

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot der Folter); Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Verletzung von **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); **Versäumnis** des Staats, eine vierzehnjährige Schülerin mit einer geistigen Behinderung vor **sexuellem Missbrauch** in ihrer staatlichen Schule durch einen Lehrer sowie Versäumnis der staatlichen Schulbehörden, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Bf angemessen vor sexuellem Missbrauch zu schützen; **Veröffentlichung** des vollständigen Namens und der Anschrift der Bf sowie des vollständigen Wortlauts der Gerichtsentscheidungen in der öffentlich zugänglichen amtlichen Online-Datenbank der Justiz, mit denen ihre zivilrechtliche Schadensersatzklage wegen sexuellen Missbrauchs abgewiesen wurde; Fehlen eines **wirksamen Rechtsbehelfs** aufgrund der fehlenden Möglichkeit, Ersatz für den erlittenen immateriellen Schaden zu verlangen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Univ.-Ass. Mag. Anna Schöfecker, LL.B., Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.